

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Heinrich Lehmann, Riesa.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlag: Riefaer Verlag, Riesa Nr. 22.

Nr. 284.

Wittwoch, 7. Dezember 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 1 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Werbefläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Werbefläche 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Umtaxfreie Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Denger & Winterlich, Riesa. Verleger: Dr. Heinrich Lehmann, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Ost-Friedens-Programme.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen in Genf hat schon jetzt gewisse Stimmungen geschaffen, die sich in mehr als in einer Hinsicht von der Atmosphäre scheiden, die stets alle Verhandlungen umwölkte, bedrückte, Ungewißheit und Nervosität, Spannung und Krisen an die Stelle eines fruchtbareren Arbeitens setzte, der ganzen Genfer Institution das Gepräge einer ungedulden und schwachen Organisation gab. Vielleicht liegt dieser Wandel der Stimmungen in der Tatsache, daß diesmal die deutschen Fragen weniger in den Vordergrund traten, daß die westpolitische Situation als solche ihre Gefahren und bedrohlichen Momente, ihr Einwirken in Interessen fast aller Nationen Europas deutlicher offenbart hat als die Klärungsversuche geworden ist. Es hat sich herausgestellt, daß es im litauisch-polnischen Konflikt, so sehr auch die Sympathien und Antipathien der Mächte in diesem Streitfall sich schneiden, doch so etwas wie eine Einheitsfront der europäischen Großnationen gibt. Deutschland hat kein Interesse an einer weiteren Zuspitzung der polnisch-litauischen Gegensätze, Frankreich ist stets für eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse im Osten gewesen, ebenso wie England es stets erstrebt, die Beziehungen der Nachbarvölker Rußlands möglichst eng und freundschaftlich zu gestalten. Die Untergründe dieses gemeinsamen Wunsches sind zwar verschieden, aber er ist nun einmal vorhanden, womit sich von selbst eine gewisse einheitliche Stellungnahme der Mächte ergibt. So dürfte es gelingen, die akute Krise des polnisch-litauischen Streites zu beilegen, was allerdings nicht verhindert, daß der Konflikt selbst, die ungelöste, ungelöste Wilna-Frage, auch weiterhin bestehen bleibt.

Wenn es wirklich der ernstlichen Beschäftigung der Staatsmänner gelingen sollte, dem Einigungsprotokoll die unterschrittenen Wobemaras und Pilsudski zu sichern, so wäre dies ein Erfolg, der gewisse moralische Qualitäten in sich birgt, dessen praktische Auswirkungen aber in der Auslegung liegen, die Polen und Litauen dem späteren Werke geben. Immerhin, wenn man sehr optimistisch gestimmt ist, könnte man den im polnisch-litauischen Konflikt ausandergelassenen Einigungsprotokoll als einen ersten Anfang einer Stabilisierung der Verhältnisse im Osten bezeichnen. Dementsprechend ist vor allem Herr Briand, aus welcher festlichen Konstruktion auch Briand sticht und immer beunter die Kraft schöpft, auf der Stimmung des Heute, dem kleinen Anfangserfolg einer Völkerbundarbeit, eine Politik einzuleiten, die auf weite Sicht gerichtet einen den ganzen europäischen Osten umspannenden Frieden und eine Befestigung der durch die Friedensverträge gewordenen Verhältnisse schaffen will. Der Vorstoß eines Dö-Vocarno, ausgegangen aus dem politischen Repertoire des französischen Außenministers, hat in der Debatte der letzten Ratssitzungen wenig von seinem ursprünglichen Bestand beholten. Es lag da der deutsche Widerpruch vor, schließlich auch die Abweisung Englands, eine neue Garantie für die Verhältnisse des europäischen Ostens zu übernehmen. In den Monaten zwischen der letzten Ratssitzung und der heutigen Genfer Tagung hat sich verschiedenes ereignet, was, wenn auch nicht eine neue Situation, doch zum mindesten eine neue Stimmung, eine neue Verknüpfung der Spannungen und Beziehungen auch im Osten herbeiführt. Deutschland hat die Danabergverhandlungen mit Polen wieder eröffnet. Rußland hat mit Verstand einen Wirtschaftsvertrag abgeschlossen. Die Sowjets haben ihre Chinapolitik, wenigstens im Augenblick, reiflich liquidiert, somit einen starken Gegensatz zu England aus der Welt geschafft. Chamberlain ist mit Winnow zusammengekommen. Die Konfliktschöpfung, Spannungen und die sich schneidenden Interessenforderungen sind zwar nicht beschwunden, aber sie sind wenigstens aus ihrem latenten Zustand herausgetreten, haben Bewegung, Flüssigkeit, schließlich auch gewisse Zielrichtungen bekommen. Dies alles verdichtet sich in der Gehirnvorgänge des klugen und weislichen Faktors Briand zu einem neuen Plan, das in anderer Form und auf anderem Wege das verwirklichte Wante, was das größte und erhabenste Ziel der französischen Politik in den letzten Jahren stets war, bleibt und bleiben wird: ein Dö-Vocarno. Ein eisernes Gerüst von Nicht-Angriff und Freundschaftsverträgen aller Völker des Ostens wäre ein solches Dö-Vocarno, eine Ausöhnung Polens mit Litauen, Polens mit Rußland, Rußlands mit England, wäre schließlich auch ein Dö-Vocarno, denn es verweigert den Status quo von heute, die ganze politische und geographische Zerissenheit des Ostens. Das alles ist große Politik, und zwar die große Politik eines Briand, die keine Illusion mehr ist, da sie im vollen Gange ist, bereits scharf umrissen die Konturen des neu zu schaffenden Gebäudes abzeichnet.

Und wo bleibt Deutschland? Teilnehmend im Gremium des Völkerbundes, mitwirkend an dem polnisch-litauischen Ausgleich, mit beieingezogen in den ganzen Strudel der Strömungen, gebunden an Fäden und Fäden durch seine Völkerbundsmittelschaft, zum größten Teile Objekt, nicht Subjekt des ganzen Wirkens, arbeitet mit, nicht Anregungen, verhandelt, empfängt Winnow, Wobemaras und Pilsudski und tut so, als ob das, was in voller Gärung begriffen ist, den schönsten duftigen deutschen Rheinwein abgeben würde. Ein Dö-Vocarno mit Deutschland? Ein Dö-Vocarno, nach dessen Absicht, wie deutsche demokratische Zeitungen heute schon behaupten, "die völlige Räumung des Rheinlandes für Frankreich diktiert wäre". Das alte, traurige, bedrückende Wied. Für ein Recht, das uns zuehrt, und dessen Einlösung uns "unter Umständen" versprochen wird, sollen wir ein anderes Recht, eine der wichtigsten, deutschen Lebensfragen aufgeben. Ein Dö-Vocarno heißt der endgültige Verzicht Deutschlands auf die Lösung der Korridorfrage, heißt die Anerkennung der heutigen deutschen Grenzen im Osten, heißt deutsches Einverständnis mit der ewigen Isolierung Litauens, heißt Aufgabe unserer Rußland-Politik, heißt, dies alles aufgeben für ein Dö-Vocarno, für eine Selbstverständ-

Die Mißtrauensanträge im Reichstage abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

von Berlin, 6. Dezember.

Bei hart befehltem Hause wurde in einer namentlichen Abstimmung über den von Kommunisten und Sozialdemokraten gleichlautend eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung entschieden. Der Mißtrauensantrag wurde mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür hatten außer Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten auch die Nationalsozialisten und der Zentrumsdogordnete Dr. Dietrich gestimmt, während die Volkslisten und einige Mitglieder der Wirtschaftspartei sich der Stimme enthielten.

Die Beratung der Interpellationen über die Notlage in den östlichen und westlichen Grenzgebieten

wird fortgesetzt.

Abg. Stelling (Soz.) weist darauf hin, daß die Notstände an der Grenze aufs ganze Deutsche Volk zurückwirken. Besonders groß sei die Not in Oberschlesien, wo die unnatürliche Grenzabhebung zu den schlimmsten Mißschritten auf dem Verkehrsgebiet geführt habe. Andererseits gelte keineswegs das Interesse Oberschlesiens einen Protest gegen die baldige Wollendung des Mittelbandkanals.

Abg. Wendemuth (Soz.) erörtert besonders die Schwierigkeiten in der ober-schlesischen Steinkohlen- und Textilindustrie.

Abg. Knoll (Str.) geht auf die Notlage im rheinischen Wirtschaftsgebiet ein. Unter dem übermäßigen Druck der Befragung habe Hessen am allergeringsten zu leiden, denn in Hessen betrage die Befragungsdichte nicht weniger als 400 auf je 1000 Einwohner. Von der Befragungsdichte her habe Hessen kaum etwas verspürt. Die heftige Bevölkerung werde trotz aller Befragungsdichte treu und fest zum Reich stehen.

Abg. Dr. Schmidt-Hirshberg (DVP.) begrüßt die Aufmerksamkeit des Reichsverkehrsministers, daß den Verkehrs-

bedürfnissen Schlesiens endlich Rechnung getragen werden solle. Nicht nur Oberschlesien, sondern auch Niederschlesien habe unter der unnatürlichen Grenzabhebung wirtschaftlich sehr gelitten. Polen bemühe sich, die uns entrissenen niederschlesischen Gebiete wirtschaftlich in jeder Weise zu fördern. Um so wichtiger sei es, daß das deutsche Niederschlesien, dieses Bollwerk des Deutschtums im Osten, wirtschaftlich gestärkt wird.

Abg. Schulte-Braun (Str.) fordert ein Ostwerkprogramm auf lange Sicht. Die wirtschaftliche und kulturelle Befähigung des deutschen Ostens erheische schnell und umfassende Hilfe durch das Reich.

Abg. Geyer (Komm.) beschäftigt sich besonders mit der Notlage der Arbeiter, die in der Pfalz wohnen und im Saargebiet arbeiten.

Abg. v. Frentag-Poringhausen (Dn.) weist auf die wirtschaftliche Not Niederschlesiens hin, die bisher im Reich nicht genügend berücksichtigt worden sei. Die Mittelung, daß für das Bahnbauprogramm in diesem Jahre keine Mittel verfügbar sind, sei eine besonders schwere Enttäuschung für Niederschlesien, denn hier sei eine schnelle Ergänzung der unzureichenden Eisenbahnlinien eine Lebensnotwendigkeit.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) bezeichnet alle Reden im Reichstags als zwecklos, solange die Dö-Vocarnopolitik nicht aufgegeben sei. Die Nationalsozialisten würden dem Mißtrauensantrag gegen die Regierung zustimmen.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. v. Graefe (Völk.) erklärt, seine Freunde brähten dem Kabinett, in dem Dr. Stresemann als Außenminister sitze, das schärfste Mißtrauen entgegen. In dem vorliegenden Mißtrauensantrag liege aber eine parteipolitische Demonstration gegen das bekannte Reudell-Telegramm. Darum würden die Volkslisten nicht für den Antrag stimmen (Gesächter Kniff).

In der nun folgenden namentlichen Abstimmung über den von Kommunisten und Sozialdemokraten gleichlautend eingebrachten

Mißtrauensantrag

gegen die Regierung wird dieser Antrag mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Für den Mißtrauensantrag haben außer Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten auch die Nationalsozialisten und der Zentrumsdogordnete Dr. Dietrich gestimmt. Stimmenthaltung haben die Volkslisten und einige Mitglieder der Wirtschaftspartei geleistet.

Mit großer Mehrheit wird dann der sozialdemokratische Antrag angenommen, der die Bekämpfung der Verkehrsreformen im innerdeutschen Gebiet fordert.

Um 18 1/2 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch 15 Uhr: Krankenversicherung der Seelenic, Auszubehricht über die Ruhr-Einsparungen.

Eine scharfe Antwort.

Schreiben des Reichstanzlers an den Ministerpräsidenten Braun.

X Berlin, Reichstanzler Dr. Marx sandte dem Preussischen Ministerpräsidenten Braun auf sein Schreiben vom 30. v. Mts. nachstehende Antwort:

Berlin, den 5. Dezember 1927.
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich befrichtige den Eingang Ihres Schreibens vom 30. v. Mts. bezüglich des Telegramms des Herrn Reichsministers des Innern Dr. von Reudell an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft. Zunächst weise ich gegenüber Ihrer Behauptung, daß es sich um eine "harte Bräutigung" und einen offensiven Angriff gehandelt habe, darauf hin, daß die Wortfassung des Telegramms in keiner Weise als aggressiv bezeichnet werden kann und auch keinerlei amtlichen Zusatz und Charakter getragen hat. Außerdem liegt mir daran, namens der Reichsregierung festzustellen, daß Herr Minister v. Reudell ein Angriff gegen die Person des Herrn Staatsminister Dr. Weder oder gar eine Kränkung völlig ferngelegen hat.

Die Reichsregierung glaubt sich im übrigen mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, darin einig zu wissen, daß Abgeordneten lediglich deshalb, weil sie gleichzeitig ein hohes Staatsamt bekleiden, eine nach der Verfassung jedermann zustehende politische Meinungsäußerung, sofern sie sachlich gehalten ist, nicht verweigert werden könne. Sine qua non,

daß es sich bei dem Telegramm um eine Meinungsäußerung auf einer Frage handelt, die von der Preussischen Staatsregierung selber nicht im Wege einer Entscheidung gelöst, sondern der Abstimmung und damit der Öffentlichkeit unterbreitet war.

Selbstverständlich kann in solchen Fällen die Entscheidung, ob ein persönlicher oder politischer Akt beachtet ist, oft schwierig sein. Die Reichsregierung erklärt deshalb, daß das Telegramm keinen Schluß auf die Ansichten der Reichsregierung zuläßt, die übertritt zu den in Frage stehenden studentischen Problemen überhaupt nicht Stellung genommen hat.

Sie können, Herr Ministerpräsident, davon überzeugt sein, daß ich wie bisher alles daran setzen werde, ein möglichst reibungsloses und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen zu ermöglichen. Gerade aus diesem Grunde bedauere ich aber die Veröffentlichung Ihres Briefes, die kaum 1 Stunde nach seiner Abgabe bei mir seitens der Preussischen Staatsregierung erfolgt ist, so daß v. B. die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts von ihm zunächst aus den Tageszeitungen Kenntnis bekamen. Eine solche Veröffentlichung hat die Reichsregierung in Fällen, die ohne Zweifel viel schwerwiegender lagen, stets vermieden. Aus den gleichen Motiven heraus sehe ich mich auch außerstande, auf den nach Form und Inhalt ungewöhnlichen Schlußsatz Ihres Briefes einzugehen.

Angeht die Veröffentlichung Ihres Briefes, so sehe ich mich selbstredend im vorliegenden Falle genötigt, auch das Schreiben der Reichsregierung der Öffentlichkeit zu übergeben.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Ihr gee. Dr. Marx.

Ein Schlichter für die Eisenindustrie.

X Köln. Wie die Kölnische Zeitung erzählt, hat der Reichsarbeitsminister in dem schwebenden Streit in der Groß-Eisenindustrie das Schlichtungsverfahren in Gang gesetzt und den Schlichter für Rheinland, Dr. Jetter, der bisher schon bei den Vorverhandlungen als Vermittler tätig war, beauftragt, als amtlicher Schlichter den Fall an sich zu ziehen, falls die fortgesetzten Verhandlungen der beiden Parteien in Düsseldorf ergebnislos bleiben sollten.